

**Eine Broschüre der
Sozialistischen Alternative VORAN - SAV**

Programm gegen Miet- wucher und Wohnungsnot



Inhaltsverzeichnis

1. Was es mit den Mieterhöhungen auf sich hat

2. Warum der Wohnraum immer knapper wird

3. Wie die Wohnungsnot in Westdeutschland "gemacht" wurde

4. Wie die Banken absahnen

5. Wie MieterInnen sich zur Wehr gesetzt haben - von Weimar bis heute

☆ Häuserkampf im 19. Jahrhundert

☆ MieterInnenstreiks in Weimar Anfang der 20er Jahre

☆ MieterInnenstreiks in Berlin

Anfang der 30er Jahre

☆ MieterInnenproteste in West-Berlin in den 70er und 80er Jahren

☆ MieterInnenproteste in Ost-Berlin in den 90er Jahren

6. Mieterinitiative Rostock

7. Mieterinitiative Berlin-Treptow

8. Wie die Mieterhöhungen verhindert werden können

9. Warum die SAV für eine sozialistische Gesellschaft kämpft

10. Die SAV - eine neue Organisation links von SPD und PDS

11. Die SAV - Wofür wir kämpfen

Impressum

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V. / SAV
Stadtverband Berlin

Anschrift: Pappelallee 27, 10437 Berlin

Telefon und Telefax: 030/ 444 76 16

Kontonummer: 2500 59-430, Bankleitzahl 360 100 43

Verantwortlich i.s.d.P.: Aron Amm c/o VORAN

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Was es mit den Mieterhöhungen auf sich hat

Am 1. August 1995 ist das Mietenerleichterungsgesetz in Kraft getreten. Das bedeutet für die Ostdeutschen den Einstieg ins Vergleichsmietensystem des Westens.

Das Mietenerleichterungsgesetz

Mit dieser marktwirtschaftlichen Brechstange wird auch vielen Menschen in Ostdeutschland der letzte Stoß ins soziale Aus gegeben. Mit der Einführung vom Mietenerleichterungsgesetz in Ostdeutschland soll auch in den neuen Bundesländern der Übergang zum sogenannten Vergleichsmietensystem beginnen. In der Alt-Bundesrepublik wurde das Vergleichsmietensystem in einem Zeitraum von 30 Jahren eingeführt, im "Beitrittsgebiet" will man die Einführung innerhalb von zweieinhalb Jahren über die Bühne gehen lassen. Die Einführung vom Vergleichsmietensystem ermöglicht es dem Vermieter, die Mieten innerhalb von drei Jahren um 30 % zu erhöhen.

Das Mietenerleichterungsgesetz bedeutet Mieterhöhungen von 15 % für 1995 und um weitere 5 % für 1997. Das Gesetz sieht außerdem vor, daß bei der Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen die Mieten um 3 DM pro qm steigen dürfen, was eine weitere Mietstei-

gerung von ungefähr 30% mit sich bringt.

Die Mieterhöhung von 15 % ab 1. August 1995 darf nur einkassiert werden, wenn das Gebäude höchstens an zwei der fünf durch die "Beschaffenheitszuschläge" bekannten Bauteile (Dach, Fenster, Außenwände, Hausflure und Treppen, Elektro-, Gas-, Wasser-, Sanitärinstallationen) erhebliche Schäden aufweist und die Wohnung mit Bad und Zentralheizung ausgestattet ist. Fehlen Bad oder Zentralheizung, dürfen nur Erhöhungen von 10% verlangt werden.

Beseitigt der Hauseigentümer die Schäden, kann er dagegen gleich zweimal abkassieren. Zusätzlich zu den neuen Mieterhöhungen kann er auch noch nicht genommene Beschaffenheitszuschläge erheben. Die Höhe der Modernisierungsumlage ist dem Vermieter völlig freigestellt, wenn es sich um eine leerstehende Wohnung handelt, die er nach der Modernisierung neu vermietet. D.h., von dieser Regelung profitieren vor allem diejenigen Eigentümer, die es schaffen, auf legale oder illegale Weise ihre MieterInnen aus dem Haus zu kriegen. Damit wird eine Vertreibung der MieterInnen im Vorfeld oder im Zuge der Modernisierung auch noch staatlich prämiert. Da eine modernisier-

te Wohnung bei Neuvermietung nun noch mehr Gewinn abwirft, wird sich der Druck auf den MieterInnen erhöhen, denn sein Auszug ist nur von Vorteil für den Vermieter.

Viele Arten zu töten

Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von der Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist in unserem Staate verboten.

B. Brecht, Me-ii, Buch der Wendungen

Der Trick mit den Altschulden

Obwohl von den Regierenden heftig bestritten, dürfte es wohl kaum ein Zufall sein, daß die Mieterhöhungen genau zu dem Zeitpunkt wirksam werden, an dem die Wohnungsbaugesellschaften mit der Tilgung der sogenannten "Altschulden" beginnen sollen. Was hat es damit auf sich?

Zur Durchführung des staatlichen Wohnungsbauprogramms (von 1970 bis 1990 wurden in der DDR zwei Millionen Wohnungen gebaut, meistens in der Plattenbauweise) und zur Gewährleistung der niedri-

gen Mieten erhielten die kommunalen Wohnungsverwaltungen und die Wohnungsbaugenossenschaften Zuwendungen aus dem Staatshaushalt. Diese Zuwendungen wurde durch die Staatsbank der DDR in Form eines zu einem Prozent verzinslichen Kredites gewährt, wobei eine Rückführung der Zuwendungen an den Staatshaushalt nicht vorgesehen war. Per Einigungsvertrag wurde die den Genossenschaften und Wohnungsverwaltungen zur Verfügung gestellten Mittel zu Schulden erklärt, die darüber hinaus "marktüblich" mit 10-11 Prozent verzinst werden. Die daraus entstandenen Forderung des Bundes, wurden anschließend den Großbanken (vorwiegend Deutsche- und Dresdner Bank) gutgeschrieben. Aus diesen Zinsforderungen kamen für die Baugesellschaften zusätzlich zu ihren 36 Milliarden Schulden bis heute weitere 23 Milliarden DM Schulden zusammen.

Damit private Vermieter aus dem Vergleichsmietensystem auch möglichst viel heraus holen können, braucht es natürlich viel privaten Wohnraum, deren Vermieter an einer stetigen Erhöhung interessiert sind. Darum wurde mit der Altschuldenregelung Druck auf die kommunalen und genossenschaftlichen Vermieter ausgeübt, einen möglichst großen Teil der Woh-

nungen zu privatisieren. In der Regel sind die Mieter finanziell nicht in der Lage ihre Wohnungen zu kaufen, und so machen die Immobilienhaie ihr Schnäppchen. Skandallöserweise werden aber auch dort, wo die MieterInnen in der Lage sind, ihre Wohnungen zu kaufen, diese zu einem geringeren Preis privaten Investoren zugeschanzt.

Kurz gesagt heißt das alles, daß die BürgerInnen, die zu DDR- Zeiten die niedrigen Mieten mit niedrigen Löhnen bezahlt haben, von den Banken nun erneut zur Kasse gebeten werden.

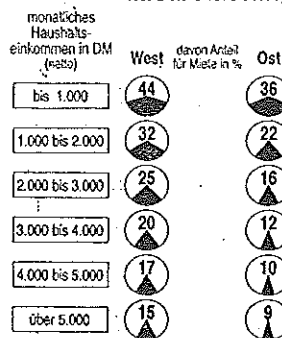
- Nein zum Vergleichsmietensystem in Ost und West
- Sofortiger Stopp aller Mieterhöhungen. Begrenzung der Mieten auf 10 Prozent des Nettoeinkommens im Osten
- Ersatzlose Streichung der DDR- "Altschulden"
- Offenlegung aller realen Wohnkosten
- Keine Luxussanierung. Umfassen de Modernisierung bei Beibehaltung der vorherigen Miethöhe unter Einbeziehung der MieterInnen

Warum der Wohnraum immer knapper wird

Berlin hat 3,4 Mio. EinwohnerInnen (2,1 Mio. im Westen, 1,3 Mio. im Osten). Dazu kommen 900.000 Menschen im Umland. Der Bevölkerungszuwachs bis zum Jahr 2000 wird auf 60.000 geschätzt. Dabei

in Berlin und Umland auf 800.000 ansteigen Um der Wohnungsnot begegnen zu können, müßten jährlich mindestens 40.000 Wohnungen gebaut werden. Aber in der Stadt ist sparen angesagt: Pleitegeier statt Olympiabär. Der Projektleiter am Berliner Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik, Eberhard von Einen, prognostiziert "slumartige Siedlungen am Stadtrand von Berlin". Behelfsunterkünfte, kurzfristige Notunterkünfte, könnten als "Dauerlösungen" herhalten.

Mietbelastungen 1994



Der soziale Wohnungsbau geht in Berlin dramatisch zurück. Privatfinanzierte Neubauten treiben die Preise hoch. Aber nicht jeder kann sich eine Altbauwoh-

fehlen in Berlin heute schon 200.000 Wohnungen. Bis 2010 wird der Gesamtbedarf an neuen Wohnungen

gefordert.

nung in Höhe von durchschnittlich 400.000 DM kaufen.

Werden Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt, sahen vor allem die Hausbesitzer ab. Noch mehr Geld bringen Eigentumswohnungen, wenn sie vorher entmietet wurden. In Westdeutschland verloren 64 % aller von Umwandlung betroffenen MieterInnen ihre Wohnungen.

Wenn Wohnungen gekauft werden, dann in erster Linie von privaten Investoren, die vor allem mit Modernisierungsmaßnahmen die Mietpreise weiter in die Höhe treiben worden (11 % der Modernisierungskosten dürfen auf die Miete aufgeschlagen werden).

Die Stadt Berlin stellt fast keine Mittel mehr für die öffentlich geförderte Altbausanierung ("Stadterneuerung") zur Verfügung. In Ost-Berlin beträgt das Finanzvolumen

- Keine Privatisierung von Wohnraum und Wohnungsbaugesellschaften.

Enteignung aller Spekulanten. Belegung aller Wohnungen und Häuser, die aus spekulativen Gründen mindestens ein halbes Jahr leerstehen

- Einstellung aller arbeitslosen BauarbeiterInnen. 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Keine Kürzungen beim Schlechtwettergeld

- Verbot von Maklertätigkeit. Kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung. Abschaffung aller Kauttionen

- Genügend Wohnraum für alle (mindestens 25 qm pro Person,

für die Stadterneuerung 60 Mio. DM. Demgegenüber beläuft sich der Instandsetzungsbedarf allein im Prenzlberg auf ganze 8 Mrd. DM!

Was es bedeutet, wenn Private modernisieren, hat sich im Westbezirk Moabit gezeigt: In dem Stadtteil von Moabit, der schwerpunktmäßig von Modernisierung durch Spekulanten betroffen war, konnten nur 40 % der "Alteingesessenen" in ihren Wohnungen bleiben; mehr als die Hälfte wurde verdrängt.

Berlin ist Bundeshauptstadt. Der Potsdamer Platz ist laut Handelsblatt die "größte Baustelle Europas". Gebaut wird. Aber nicht für Otto Normalmieter. Gebaut werden Großprojekte und Großflughafen, Hotels (obwohl die Hotels bereits heute nur zu einem Drittel ausgelastet sind), Einkaufsmeilen (z.B. Friedrichstraße) und Regierungsgebäude.

zuzüglich Bad, Küche, WC). Bei Neubau oder Umbau Berücksichtigung der Sicherheit von Frauen gegen Überfälle in Wohngebieten.

Keine Schikane gegen neue Formen des Wohnens, kein Verdrängen von Wagenburgen an den Stadtrand

- Schluß mit Prestigebauten.

Öffentliches Wohnungsbauprogramm von 50.000 Wohnungen für Berlin im Jahr.

Massives staatliches Wohnungsbauprogramm zur Schaffung von einer Millionen Wohnungen im Jahr, bis die Wohnungsnot beseitigt ist. Demokratische Kontrolle der Beschäftigten darüber, was und wie gebaut wird. Berücksichtigung ökologischer Faktoren

Wie die Wohnungsnot in Westdeutschland "gemacht" wurde

Eine Wohnung braucht jeder Mensch. Aber nicht einmal dieses Grundbedürfnis kann der real existierende BRD-Kapitalismus befriedigen. Im drittreichsten Land der Welt fehlen drei Millionen Wohnungen, eine Million Menschen sind obdachlos.

13 Jahre Kohl sind genug

1982 löste Kohl und seine Gang die SPD/FDP-Koalition ab. "Weniger Mieterschutz und höhere Mieten schaffen mehr neue Mietwohnungen", so tönte der Ex-Bundesbauminister Schneider. Höhere Mieten haben die MieterInnen in Westdeutschland bekommen - ausreichend Wohnungen nicht. Der Wohnungsbau sank in den 80er Jahren auf ein Rekordtief. 1994 sollten zwar 500.000 Wohnungen gebaut werden, doch das ist viel zu wenig und deren Mieten sind zu teuer.

Die Wohnungsnot wurde von der Kohlregierung bewußt geschaffen. Zur Verknappung des Wohnraums stellte der Bund Mitte der 80er Jahre die Förderung des sozialen Wohnungsbaus ein. Die Rechte der MieterInnen wurden drastisch verschlechtert. Staffelmieten wurden eingeführt, Mietpreiserhöhungen bis zu 30 Prozent innerhalb von 3 Jahren, schlechtere Bestimmungen über Vergleichsmieten, Zeitmietverträge.

Dank dem Mangel an Wohnraum können Makler und Miethaie 20-30

Mark pro qm berappen. Und für die Vermittlung einer Wohnung sind Maklergebühren von 2000 bis 3000 DM oder mehr üblich. Das ist Wucher - aber ganz legal.

Weitere Folgen der Wohnungs-(ab)baupolitik:

- Jährlich fallen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung raus als neue gebaut werden
- Jährlich gehen 100.000 Wohnungen der unteren Preisklasse durch Abbruch, Zusammenlegung oder Zweckentfremdung verloren
- In den letzten zehn Jahren sind die Mieten doppelt so stark gestiegen wie die übrigen Preise
- Der Quadratmeterpreis für Wohngrundstücke ist in der BRD zwischen 1950 und 1989 um das 38fache gestiegen

Marktwirtschaft = Murkswirtschaft

Milliardensummen an Gewinn werden dadurch gemacht, daß Häuser aufgekauft werden und die Wohnungen dann einzeln als Eigentumswohnungen verkauft werden. Von 1976 bis 1984 wurden 500.000 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen verwandelt. Besonders Altbauwohnungen, die bislang noch zu den günstigeren Wohnungen gehörten, fallen dieser Entwicklung zum Opfer.

Um Preise und Profite in die Höhe zu treiben, wird mit Bauland speku-

liert, Wohnungen und Büroräume stehen als Spekulationsobjekte leer. In Berlin bleiben derzeit 1.000.000 Quadratmeter Bürofläche ungenutzt, in Frankfurt am Main 480.000 Quadratmeter, während Obdachlose in Zelten und unter Brücken hausen müssen.

Statt Wohnungen werden neue Versicherungspaläste, Bank- und Bürohochhäuser gebaut. Dafür werden ganze Straßenzüge aufgekauft, alteingesessene MieterInnen rausgekelt und Wohnraum abgerissen. Damit der Mieter auch in Zukunft als Goldesel funktioniert, sollen weiter zu wenig Wohnungen gebaut werden. Das Ifo-Institut erwartet ab 1995 einen Rückgang des Wohnungsbaus, weil das Realeinkommen sinkt und der Leerstand teurer Wohnungen die Bautätigkeit drückt. Doch bis zum Jahr 2000 wird die Bevölkerung um 3 Millionen wach-

sen und die Zahl der Personen pro Haushalt sinkt. Gleichzeitig sind zehntausende BauarbeiterInnen arbeitslos.

- Sofortiger Stopp aller Mieterhöhungen. Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens im Westen
- Rücknahme aller Verschlechterungen des Mietrechts seit 1982 (z.B. Staffelmieten, Zeitmietverträge). Rücknahme aller Kürzungen unter der Kohlregierung
- Umfassende Sanierung von Altbauwohnungen unter Beteiligung der MieterInnen
- Zwangsweise Belegung von Wohnraum, der aus spekulativen Gründen leersteht.
- Legalisierung aller Besetzungen leerstehender Häuser und Wohnungen. Keine Kriminalisierung von HausbesetzerInnen

Wer verdient alles am Bau mit?

1. Die Grundbesitzer, die ihre Grundstücke - bebaut oder un bebaut - als Kapitalanlage ansehen und sie mit Superprofiten wieder verkaufen.

2. Die Immobilienmakler, die durch ihre Vermittlungsprovisionen an Grundstücks-, Haus- und Eigentumswohnungsverkäufen mitverdienen.

3. Die privaten Wohnungsbaugesellschaften, denen es aus Gründen des höheren Gewinns natürlich weniger auf guten Wohnraum ankommt als vielmehr darauf, möglichst viele Wohneinheiten auf möglichst geringem Raum unterzubringen.

4. Die Baufirmen, die natürlich auch ihre Gewinnspannen haben.



5. Die Banken, die sich an den Zinsen für Baudarlehen, ohne die niemand auskommt, eine goldene Nase verdienen.

6. Die Versicherungen, die im Westen 70-80% des Wohnungsmarktes beherrschen und in der Vergangenheit die wichtigsten Investoren im Wohnungsbau waren. Auch sie investieren dort nur, wenn sie eine "angemessene" Rendite für

ihre Kapitalanlage erwarten. Liegt die Rendite also zu niedrig, so legen die Versicherungen ihre Gelder anderweitig an, womit ein wichtiger Investor entfällt.

7. Die Wohnungsmakler, die für die Vermittlung einer 2-3 Wohnungsmieten kassieren und vor allem bei Wohnungsknappheit wie Pilze aus dem Boden schießen, weil sie gute Geschäfte wittern.

Wie die Banken absahnen

Gehört die Deutsche Bank Daimler-Benz? Oder gehört Daimler-Benz der Deutschen Bank? Daimler wird heute gern als Großbank bezeichnet, die nebenbei auch noch Autos produziert.

Da heute im Kapitalismus mit der Produktion vergleichsweise wenig Profit zu machen ist, steigen die Konzerne immer mehr in die Finanzwelt (Banken, Spekulation oder Firmenaufkäufe) ein. Was viel über die Zukunft dieses Systems sagt:

Im Kapitalismus "sind wir alle auf lange Sicht tot" (sagt der bürgerliche Ökonom Keynes). Oder hast Du schon mal Geld arbeiten sehen?

Die Verflechtung von Industrie- und Finanzkapital bringt es mit sich, daß die Banken nicht nur Aktien oder Politiker kaufen, sondern auch Häuser oder Betriebe. Was zu einer wachsenden Abhängigkeit der Industrie von den Banken führt.

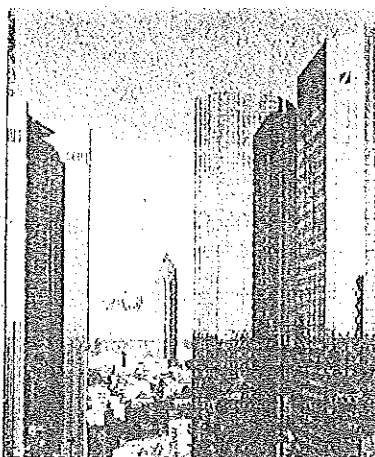
Jedenfalls haben die Banken in den letzten fünf Jahren - trotz Krise - Rekordgewinne eingefahren. Die fünf größten Banken erwirtschafteten 1993 ein Betriebsergebnis von

10,6 Milliarden DM. Die Berliner Bank sitzt in verschiedenen Aufsichtsräten ostdeutscher Wohnungsbaugesellschaften und konnte nicht zuletzt dank ihrer Immobiliengeschäfte ihre Gewinne in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppeln, von 37,5 Mio. DM 1989 auf

86,6 Mio. DM 1993.

Oft bezahlt, nie besessen

Die kapitalistische Wirtschaft beruht auf dem Austausch von Waren. Die Kosten für Waren wie Autos und Waschmaschinen muß man einmal aufbringen. Die Kosten für die Ware Wohnung muß man mehr als einmal aufbringen. Der Wert einer Ware berechnet sich



durch die gesellschaftlich durchschnittlich benötigte Arbeitszeit. Mit der Miete zahlt man diesen Wert immer und immer wieder, ohne daß einem die Wohnung irgendwann einmal gehört. Daran verdient der Vermieter.

Aber auch Banken verdienen, ohne einen Finger krumm zu machen.

Bei den Mietpreisen zählen nicht nur die Kosten für Baumaterial und

20 % gehört 80 % vom Grund und Boden

In der Bundesrepublik besitzen rund 20% der Bevölkerung 80% des Bodens, darunter Großgrundbesitzer wie Flick, Thurn und Taxis (über 340 Mio. qm), Graf von Stauffenberg (500 Mio. qm) und die Freiherren von Guttenberg (100 Mio. qm), um nur einige Beispiele zu nennen. Das Eigentum an Grund und Boden beschert seinen Besitzern bundesweit jedes Jahr einen Vermögenszuwachs von 100 Milliarden DM, wofür sie nichts zu tun brauchen, als abzuwarten.

für die Löhne der BauarbeiterInnen. Warum? Weil man für Wohnungsbau Boden braucht. Natürlich gibt es keinen Quadratmeter Boden, der nicht irgendwem gehört. Die Besitzer, Versicherungen, Immobilienkonzerne oder eben Banken, treiben die Bodenpreise in die Höhe. In den Ballungszentren geht die Hälfte der Baukosten nur für den Kauf des Baulandes drauf.

Dann halten die Banken noch einmal bei den Zinsen für das eingesetzte Kapital die Hand auf. Die Kosten-

miete im sozialen Wohnungsbau besteht zu drei Vierteln aus Zinsen für das beim Bau aufgewendete Kapital. Die großen Kapitaleigentümer kassieren so den größten Teil der Miete.

Um Preise und Profite weiter zu erhöhen, wird mit dem Bauland spekuliert, werden Wohnungen und Büroräume als Spekulationsobjekte leerstehengelassen.

Im Osten profitieren die Deutsche und die Dresdner Bank doppelt: Durch die Tilgung der sogenannten Altschulden (siehe Kapitel "Was es mit den Mieterhöhungen auf sich hat").

Am 11. Mai hat die Kohl-Regierung das Altschuldengesetz noch einmal verschärfte. War bisher Gesetz, daß die Ost-Unternehmen 15 Prozent ihres Bestandes verkaufen müssen, ist jetzt Gesetz, daß sogenannte Zwischenerwerber zum Kauf dieser Wohnungen berechtigt sind. Damit werden Tausende ostdeutsche Wohnungen an westdeutsche Banken verscherbelt.

PDS hat Ausverkauf nicht verhindert

Die PDS behauptet von sich, daß sie die Interessen von Otto-Normalmieter vertritt. Dabei war es die PDS selbst, die das Kind in den Brunnen geworfen hatte und den BRD-Bonzen, Bossen und Bankern Tür und Tor öffnete.

Am 12. Januar 1990 genehmigte die Volkskammer auf Antrag von Wirtschaftsministerin Christa Luft das Privateigentum an Banken. Am

1. April 1990 wurde die Deutsche Kreditbank aus der DDR-Staatsbank ausgegliedert. Im Anschluß daran übernahmen Deutsche und Dresdner Bank ihr Filialnetz. Das ging über die Bühne, als die Regierung des heutigen PDS-Ehrenvorsitzenden Modrow noch geschäftsführend im Amt war.

Die West-Banken haben für die Ost-Wohnungen keine müde Mark locker gemacht. Heute kassieren sie doppelt und dreifach ab. Die PDS-Spitze gehörte zu denen, die dieser Murkswirtschaft den Weg geebnet haben. Heute zeigt sich Tag für Tag, daß an dieser Marktwirtschaft nichts sozial ist.

- Streichung aller Schuldzinsen auf

den Wohnungsbau, an denen sich die Großbanken nur dumm und dämlich verdienen

- Überführung von Grund und Boden in Bebauungsgebieten in Gemeineigentum
- Enteignung aller Spekulanten, Besitzer großer Wohnungsbestände und Großgrundbesitzer. Entschädigung nur auf der Grundlage erwiesener Bedürftigkeit
- Verstaatlichung aller Banken, Versicherungen und großen Bau-gesellschaften. Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft statt kapitalistischer Anarchie.

Wie Berliner MieterInnen sich zur Wehr gesetzt haben - von Weimar bis heute

Berliner MieterInnen mußten schon immer gegen Mietwucher, Leerstand von Wohnungen, den Verfall ihrer Häuser und skrupellose Hausbesitzer Widerstand leisten. Und das taten sie auch. Und zwar mit Erfolg!

Häuserkampf im 19. Jahrhundert

"Die schnell wachsende Großstadt Berlin mit immer teurerem Boden und explodierenden Mieten produzierte Slumbildung und Mietrevolten. Trotz polizeilichen Verbots wuchsen riesige Barackensiedlungen im elendsten Zustand am Stadtrand. Tausende Menschen lebten in

Erdhöhlen, unter Brücken oder kambierten auf offenem Feld... 1872 gab es 58.000 (10 %) "Schlafleute": Menschen, die sich lediglich das Recht leisten konnten, in einem von anderen bewohnten Zimmer über Nacht einen Schlafplatz zu mieten.

Zum Quartalsende, wenn die Hauseigentümer durch die Polizei massenweise zahlungsunfähige Mieter aus den Wohnungen warfen, kam es regelmäßig zu heftigen Zusammenstößen." Manfred Ohlsen beschreibt in seiner Strousberg-Biographie ein prominentes Beispiel dieses frühen Häuserkampfes, den "sog. Blumenstraßenkrawall", der

am 25.7.1872 ausbrach, als ein Handwerker mit Polizeigewalt aus seiner Wohnung exmittiert werden sollte. Eine Menge von etwa 5.000 Menschen, die dies verhindern wollte, empfing die anrückende Polizei mit Steinwürfen. Noch tagelang war das ganze Stadtviertel in Aufruhr..." (W. Wolf, Berlin-Weltstadt ohne Auto?)

MieterInnenstreiks in Weimar Anfang der 20er Jahre

Bereits kurz nach der Revolution 1918/19 fand der erste - allerdings auf die Gemeinde Weißensee beschränkte - "wilde" MieterInnenstreik in Berlin statt.

Nur zwei Jahre später, am 1. April 1921, wurde der erste reichsweite MieterInnenstreik organisiert. Die Wut der MieterInnen richtete sich gegen das geplante Reichsmietengesetz, das Mieterhöhungen um bis zu 200 % zur Folge gehabt hätte. Diesmal hatte der linke Flügel des Mieterbundes, der sich gegen den zögerlichen Rest hatte durchsetzen können, gemeinsam mit den MieterInnenräten, die sich in Berlin seit 1917 gebildet hatten, um u.a. Selbsthilfefaktionen der MieterInnen durchzuführen, die Organisation des Streiks übernommen und zuvor sogar eine Urabstimmung unter den - organisierten - MieterInnen veranstaltet. Forderungen des damaligen Streiks waren:

- Die Beschlagnahme der gesamten Mieten und deren Verwaltung durch die Gemeinden bzw. Bezirke unter

Kontrolle der MieterInnenorganisationen

- Verwendung dieser finanziellen Mittel für die sofortige Reparatur aller reparaturbedürftigen Häuser und für den Neubau von Wohnungen durch die Gemeinden bzw. Bezirke unter Kontrolle der MieterInnenorganisationen

- Beschlagnahme aller bewohnbaren Räume, Rückführung von Büroräumen in Wohnräume, Beschlagnahme von Grund und Boden
- Volles Kontroll- und Mitbestimmungsrecht der MieterInnenräte in allen das Wohnungswesen betreffenden Fragen

Insgesamt beteiligten sich ungefähr 300.000 Mietparteien an dem MieterInnenstreik 1921. Der Erfolg: Im April 1922 wurde die Mietpreisbindung ins Reichsmietengesetz aufgenommen, die beabsichtigte Mietersteigerung um 200 % war verhindert worden!

MieterInnenstreiks in Berlin Anfang der 30er Jahre

1932/33 fanden die nächsten großen MieterInnenstreiks in Berlin statt. Diesmal organisierten die MieterInnen ihre Aktionen selbst - oft genug sogar gegen die etablierten MieterInnenorganisationen! Die BewohnerInnen von insgesamt 14 Häusern in der Swinemünder Straße in Berlin-Mitte hatten den Anfang gemacht. Dort hatte eine MieterInnenversammlung von 180 Mietparteien aus diesen Häusern, die alle unter demselben Vermieter lit-

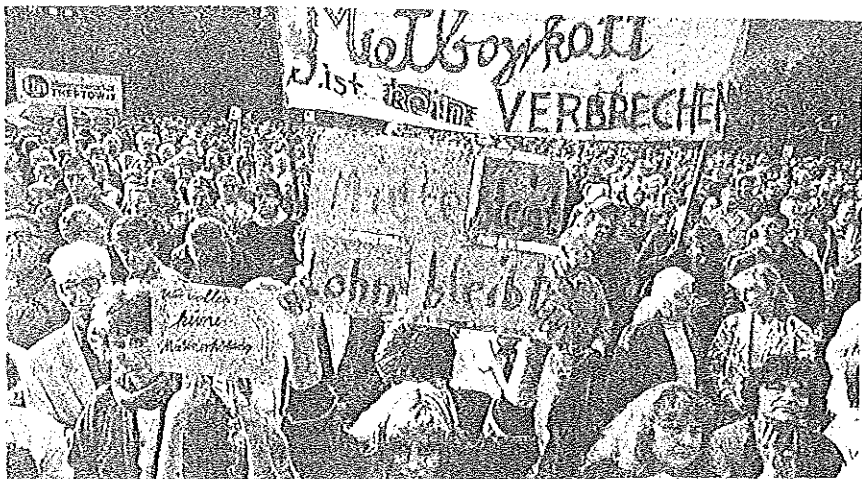
ten, sich ihre eigene Streikleitung gewählt und Forderungen gegen den Vermieter aufgestellt. Und zwar: Senkung der Miete um 30% und Erlaß der Mietschulden.

Dem Beispiel der MieterInnen aus der Swinemünder Straße folgten bald schon andere Häuser und Straßen. Immer mehr streikende MieterInnen forderten Mietsenkungen um bis zu 50%, den Erlaß von Mietschulden, die sofortige Instandsetzung ihrer Häuser, und die Übernahme der Gebäude durch das Land Berlin.

Mit der Ausweitung des Streiks wurde allerdings sehr bald schon auch die Stadt Berlin zum bestreikten Eigentümer, genauso wie die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, neben den privaten Vermietern und Grundstücks AGs.

Die Bewegung baute ihre eigenen Strukturen auf: Jedes streikende Haus wählte sich ihren MieterInnenausschuß, der als Streikleitung

dieses Hauses fungierte und täglich im Hof des streikenden Hauses tagte, Solidaritätsbekundungen anderer ArbeiterInnen und MieterInnen entgegennahm, Unterschriften zur Unterstützung des Streiks sammelte und sich mit Delegierten aus anderen streikenden Häusern beriet. Im September 1932 fand die erste berlinweite MieterInnenkonferenz statt, auf der 1000 gewählte Delegierte der streikenden Häuser zusammenkamen, die bereits 35.000 Mieter vertraten, um den weiteren Streikverlauf zu diskutieren. Ein zentraler Mieterausschuß Berlins wurde nun ebenfalls gewählt, der die zentrale Führung der Berliner MieterInnenbewegung übernehmen sollte. In diesem zentralen Mieterausschuß Berlins, der aus SPD-, KPD-Mitgliedern und Parteilosen bestand, waren zu Beginn 1933 3.300 MieterInnen vertreten. D.h. daß mindestens ebensoviele Häuser am damaligen Streik beteiligt gewesen



sind. Der Streik war in vielen Häusern erfolgreich: Mietrückstände wurden gestrichen, die Mieten um 40% gesenkt, die Renovierung von Häusern vorgenommen und Räumungsklagen aufgehoben. Zwangsräumungen hatten die MieterInnen sowieso in den meisten Fällen durch die Mobilisierung der Nachbarschaft verhindern können.

Die Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 und die Errichtung einer keine Widerstandsmöglichkeiten mehr zulassenden faschistischen Diktatur setzte der MieterInnenbewegung allerdings ein abruptes Ende. Die führenden StreikaktivistInnen landeten in den Folterkellern der Faschisten, die (MieterInnen-)Versammlungen auf dem Hof wurden verboten und die MieterInnerräte entmachtet.

Die etablierten MieterInnenorganisationen, wie der SPD-nahe Mieterbund, schlossen sich sogar den Nazis an. Ihr damaliger Vorsitzender, ein gewisser Hermann, war noch bis in die 60iger Jahre im Vorstand des Berliner Mietervereins und des Deutschen Mieterbundes.

MieterInnenproteste in West-Berlin in den 70er und 80er Jahren

Die Berliner MieterInnen haben noch bis in die heutige Zeit bewiesen, daß sie - einmal aktiv geworden - kaum mehr zu stoppen sind;

- In den 70er Jahren verhinderten sie die geplante Kahlschlagssanierung des West-Berliner Senats.

Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen und MieterInnenläden hatten sich gegen den Abriß ihrer Altbauwohnungen erfolgreich zur Wehr gesetzt.

- Gegen den Leerstand und Verfall von Wohnungen entstand Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre, in Kreuzberg eine immer größer werdende HausbesetzerInnenbewegung, die 1981 bereits 150 Häuser wieder einer Nutzung zugeführt hatte und die vom Berliner Senat nur mit äußerster Brutalität zerschlagen werden konnte: Bei den Räumungen von 8 besetzten Häusern am 22. September 1981 fand ein 18jähriger Hausbesetzer den Tod.

- Ebenfalls 1981 konnten die Westberliner MieterInnen die Aufhebung der Mietpreisbindung verhindern bzw. erstmal hinauschieben.

- 1987 überließen es die Berliner MieterInnen den etablierten Organisationen und Parteien, an ihrer Stelle aktiv zu werden und erlitten so ihre erste große Niederlage: MieterInnenorganisationen, SPD, AL und Gewerkschaften organisierten lediglich Unterschriftensammlungen gegen den erneuten Versuch der Regierung, die Mietpreisbindung aufzuheben. Dabei trugen sie zwar 500.000 Unterschriften für die Forderung "Mietpreisbindung als Dauerrecht" zusammen, aber die Regierung läßt sich nun einmal - damals wie heute - nicht durch Unterschriften beeindrucken, sondern nur durch das aktive Handeln der MieterInnen selbst. Die Miete-

rInnen hatten jedoch das Heft aus der Hand gegeben und die Organisation des Protestes u.a. in die Hände der SPD gelegt. Und deren Führung stimmte, während die Basis auf der Straße immer noch Unterschriften gegen die Aufhebung sammelte, im Berliner Abgeordnetenhaus der Freigabe der Mieten zu!

MieterInnenproteste in Ost-Berlin in den 90er Jahren

Die durch die Freigabe der Mieten und die nun folgende Mietenexplosion aus ihrem Stadtteil vertriebenen MieterInnen und Jugendlichen fanden seit 1990 in den ostberliner Bezirken neue Unterkünfte in vielen leerstehenden Häusern. Die Mainzer Straße wurde zum Symbol einer neuen HausbesetzerInnenbewegung, die sich nun zunehmend von Kreuzberg nach Friedrichshain verlagerte. Auch in der Mainzer Straße konnte der Berliner Senat die Bewegung nur mit äußerster Brutalität niederschlagen. Erst nach dreitägigen Barrikadenkämpfen schafften Berliner Sondereinsatz-

kommandos und aus dem Westen Deutschlands zur Verstärkung herangezogene Polizeieinheiten die Räumung der Mainzer Straße. Anfang 1991 faßten die (Ost-)Berliner MieterInnen erstmals wieder die Idee eines MieterInnenstreiks ins Auge. Gegen die Mieterhöhungspläne der Bundesregierung, insbesondere den geplanten Instandsetzungszuschlag von 3 DM pro qm, der von den MieterInnen erhoben werden sollte, waren die MieterInnen erneut aktiv geworden. Das "Aktionsbündnis gegen Mietenexplosion", in dem sich u.a. MieterInneninitiativen zusammengeschlossen hatten, und der "Runde Tisch von unten", ein Zusammenschluß von Bürgerbewegungen und -initiativen, drohten mit einem MieterInnenstreik in den gesamten fünf neuen Ländern, falls die Mieterhöhungspläne der Bundesregierung unverändert beibehalten werden sollten. Die Bundesregierung reagierte sofort: Der Instandsetzungszuschlag wurde nicht erhoben, die Mieterhöhungen allgemein auf den 1. Oktober verschoben...

Mieterinitiative Rostock: "Man kann mit uns nicht alles machen"

"Seit 1989 sind wir hier im Osten doch regelrecht verarscht worden". Mit diesen Sätzen traf der SAV-Redner die Stimmung der DemonstrantInnen, die am 18. April in Rostock dem Aufruf von PDS und SAV gefolgt waren.

Trotz schwacher Mobilisierung durch die PDS waren 200 Mieter erschienen, um gegen die Einführung des Vergleichsmietensystems und die damit verbundene Explosion der Mieten zu protestieren.

Demo von SAV und PDS gegen Mietwucher

Das SAV-Transparent mit den Forderungen "Gründet Mieterinitiativen! Organisiert Mieterhöhungsboykott!" führte die DemonstrantInnen an. "Wenn es uns nur gelingt, die vielen einzelnen Aktionen in der Stadt zu vernetzen, ist viel erreicht. Wenn nur 10.000 gegen die Mieterhöhung in den Boykott gehen oder meinetwegen

Beispiel Leipzig: Wird Wohnen zum Luxus?

Nach Umfragen unter Leipziger EinwohnerInnen bedeutet die 15 prozentige Mieterhöhung 1995, daß 73 Prozent der MieterInnen ihre Wohnung eigentlich nicht mehr zahlen können. Vor allem für Jugendliche bleibt der Traum von einer eigenen Wohnung erstmal - ein Traum.

ossiweit 100.000, dann ist das Gesetz gekippt."

Damit zeigten wir, anders als die PDS, bei der Kundgebung eine Perspektive für den weiteren Kampf auf und brachten den PDS-Redner

dazu, auch etwas radikaler aufzutreten.

Bereits bei den Straßenaktionen in der Rostocker Innenstadt und in den Neubau-Vierteln haben viele Passanten unsere Unterschriftenliste unterschrieben und Geld für unsere Kampagne gespendet (in den ersten vier Wochen 300 Unterschriften und 200 Mark Spende für einen "organisierten Mieterhöhungsboykott"). Die Stimmung für Gegenwehr ist da: "Wir müssen doch ein für alle mal klar machen, daß man mit uns nicht machen kann, was man will", so wird eine Rentnerin in der Lokalzeitung zitiert.

Bei der Gründungsveranstaltung der Rostocker Mieterinitiative wurde klar, daß die Forderung von PDS, SPD und Gewerkschaften nach "verträglichen" Mieterhöhungen nicht ausreicht. Unsere Argumente für einen Mieterhöhungsboykott kamen gut an, aber die Angst vor den möglichen Folgen der Umsetzung läßt die empörten Mieter doch noch zögern.

Mieterinitiative Berlin-Treptow: "Erst die Arbeit weg, dann die Wohnung"

Am 12. Juni wurde in Treptow-Schöneeweide von der SAV-Ortsgruppe eine Mieterinitiative gegründet. Am 13. Juni meldete sich die Vorsitzende der Wohnungsbaugenossenschaft Schöneeweide im Berliner SAV-Büro: "Bitte entfernen sie ihre Plakate. Sie hetzen die Mie-

ter auf. Sie sorgen dafür, daß die Mieter rebellieren."

Mit 300 Plakaten und 3.000 Flugblättern hatten wir für die Gründung der Mieterinitiative mobilisiert. 40 Leute, vorwiegend Rentner, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, kamen - mit ihren Problemen:

“Bei der Mieterhöhung bleibt es nicht. Wenn auch noch modernisiert wird, kann ich mir meine Wohnung nicht mehr leisten.”

Neue Mieten, neue Armut

“Wir wohnen seit 40 Jahren hier. 15% mehr Miete und wir müssen wegziehen.” “In Johannistal soll 1997 unsere ganze Straße privatisiert werden - auf einen Schlag, alle Häuser.” Seit der Gründung rufen fast täglich MieterInnen im SAV-Büro an und fragen um Rat.

“Es ist doch alles zu spät. Wir hätten 1992 dran bleiben sollen, als die großen Mieterdemos waren und die “Wir bleiben alle”-Initiativen gebildet wurden. Erst haben sie uns die Arbeit weggenommen, jetzt nehmen sie uns die Wohnung weg.”

“Es ist nicht zu spät. Diese Mieterinitiative ist ein Anfang. Heute sind genauso viele Leute hierher in die Alte Feuerwache gekommen wie im letzten Herbst, vor den Wahlen, als die Spitzenkandidaten der Parteien hier waren”, SAV-Mitglied Björn Speidel. “Unsere Aufgabe ist es jetzt, die Mieterinitiative aufzubauen, von Haus zu Haus, von Straße zu Straße, von Stadtteil zu Stadtteil”, Horst, mit seinen über 70 Jahren das älteste SAV- und “Jugend gegen Rassismus”-Mitglied. Als der SAVler Jens, wegen seiner Arbeit auf dem Bau, später kam, traf er an der Haltestelle zwei MieterInnen, die von unserer Veranstaltung kamen: “Endlich mal Leute, die aufstehen und kämpfen”, meinten sie.



Wie die Mieterhöhungen verhindert werden können

Am 1. August 1995 wurden die Ostmieten um bis zu 15% erhöht. "Da ist nichts mehr zu machen. Das Kind ist in den Brunnen gefallen", meinte eine Mieterin bei der Gründung der Mieterinitiative Berlin-Treptow Fröhsommer '95. Richtig ist: Die SPD-Fraktion hat im Bundestag geschlossen für die Mieterhöhung gestimmt. Richtig ist: Die PDS greift zwar den Unmut auf, nutzt aber nicht Apparat, Mitgliedschaft und Anhängerschaft, um den Unmut in Widerstand zu verwandeln.

Falsch ist: "Es ist alles zu spät." "Es ist nie zu spät. Ich bin erst aktiv geworden, als alles "zu spät" war", so Rotte von der Obdachloseninitiative "platte" auf der Gründungsversammlung in Treptow. "Ich bin erst aktiv geworden, als ich kein Dach mehr über dem Kopf hatte. Als wir die "platte" gründeten, waren wir vier, jetzt sind wir dreihundert."

Mieten - teuer, teurer, obdachlos

Heute gibt es in Berlin 40.000 Obdachlose. Weitere Zehntausende sind davon bedroht. Bei den 15 Prozent Mieterhöhung bleibt es nicht. Dazu kommen Modernisierungen (3 DM/qm) und weitere Mietsteigerungen, angefangen mit einer Erhöhung um 5 Prozent ab 1997.

Dazu kommt die Erhöhung der

"zweiten Miete" - die Mietnebenkosten: Müll, Abwasser, Straßenreinigung. Laut Wohnungsnotminister Töpfer droht ein Anstieg der Müllgebühren von 300 Prozent. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) sagte, die Müllgebühren würden für eine durchschnittliche Familie von 270 Mark auf über 800 Mark jährlich bis 1999 steigen.

Die Mieterhöhung konnte nicht verhindert werden. Jetzt müssen Wuchermieten, drohende Räumungen und Privatisierungen verhindert werden. Da hilft keine Beratung. Da hilft nur Gegenwehr.

Der erste Schritt: Einspruch. Wenn mindestens drei von fünf Wohnkriterien (Treppenhaus, Fassade usw.) "erhebliche Schäden" (z.B. defekter Lichtschalter im Treppenhaus) aufweisen, kann gegen die Mieterhöhung Einspruch eingelegt werden. Die Beteiligung an diesem Einspruch könnte ein Gradmesser für die Beteiligung an einem späteren Mieterhöhungsboykott sein.

Laut Mieterbund ist jeder vierte Mietbescheid falsch. Achtung: wer zweimal seine neue Miete zahlt, gibt seine Zustimmung.

GB: 14 Millionen boykottieren die "Kopfsteuer"

"Can't pay, won't pay" (Kann nix zahlen, werd' nix zahlen) - das war der Schlachtruf der britischen Anti-Poll-Tax-Bewegung. Das müßte auch die Parole des Kampfes gegen

Mietwucher im Osten werden. Bis Ende der 80er Jahre wurde die Gemeindesteuer in Britannien nur von den Grundeigentümern je nach Größe ihres Besitzes erhoben. Mit der geplanten Poll-Tax ("Kopfsteuer") sollte jeder die gleiche Summe bezahlen, unabhängig von Besitz und Eigentum. Die Kopfsteuer konnte unter Thatcher nicht eingeführt werden, weil 14 Millionen Haushalte die Zahlung verweigerten. In Ost-Berlin wurden letztes Jahr 1000 Wohnungen zwangsgeräumt, weil die MieterInnen mehr als zwei Monate im Zahlungsrückstand waren. Wenn jetzt auf einen Schlag nochmal 15 Prozent auf die Mieten draufgeschlagen werden, wird für Hunderttausende ostdeutscher MieterInnen gelten, was für Millionen britischer SteuerzahlerInnen galt: Sie werden nichts mehr zahlen, weil sie nichts mehr zahlen können. Juristische MieterInnenberatung, Unterschriftensammlungen oder MieterInnenversammlungen, auf denen die PDS den neuesten Stand parlamentarischer Beratungen bekanntgibt, reichen nicht mehr aus.

Mieterhöhungsboykott jetzt organisieren

Die SAV tritt dafür ein, daß auf weitere Mieterhöhungen mit einem Mieterhöhungsboykott geantwortet wird. Aber keine Kamikazeaktionen, kein einzelner Boykott, sondern ein massenhafter. Einen Finger kann man brechen, fünf Finger sind eine Faust. Wenn Hunderttausende die Zahlung verweigern,

ist die Erhöhung nicht eintreibbar, die juristische Verfolgung zehntausender nicht durchsetzbar.

Protest gegen Wohnungsnot in Frankreich

In der Region Paris stehen zur Zeit fünf Millionen Quadratmeter Büroraum leer. Auf der anderen Seite müssen in Frankreich 600.000 Menschen auf der Straße leben. Anfang 1995 gingen Obdachlose auf die Barrikaden. Sie besetzten reihenweise leerstehende Büroräume. Das führte dazu, daß Anfang April Zehntausende in Frankreich gegen Mietwucher und Obdachlosigkeit demonstrierten. Allein in Paris nahmen über 20.000 auf einer Demonstration teil.

Ein massenhafter Zahlungsboykott ist das wirksamste Mittel, kommende Mieterhöhungen zu verhindern. Das wird aber nur klappen, wenn der Boykott organisiert wird. Am Besten: PDS, Gewerkschaften und Mieterverbände unterstützen die Gründung von Mieterinitiativen und leiten die flächendeckende Vernetzung in die Wege. Am Anfang könnten Versammlungen, Veranstaltungen und Demonstrationen stehen, um Stärke zu demonstrieren. Dann sollte eine Umfrage gestartet werden: Wieviele MieterInnen in jedem Bezirk, in jedem Stadtteil, in jeder Straße wären zum Boykott bereit? Erhöhungsbescheide sollten von den neugegründeten Mieterinitiativen an zentraler Stelle gesammelt werden, Zwischenstände täg-

lich bekanntgegeben werden. Tausende von "kleinen Fischen" sind stärker als ein paar Miethaie. Die erfolgreichen Anti-Poll-Tax-Vereinigungen (APTU's) gab es auch nicht von heute auf morgen in ganz Britannien. Zuerst wurden Initiativen in Glasgow-Pollock ins Leben gerufen, dann in Glasgow, dann in Schottland, dann in England und Wales. Entscheidend war, daß diese APTU's keine passiven, sondern aktive Organisationen waren, die den Widerstand im Kampf aufgebaut haben. Zu jeder Sitzung von Gemeinderäten, die die Höhe der Steuer beschließen wollte, kamen Hunderte, um dagegen zu protestieren. Bei jeder zwangsweisen Steuereintreibung kamen vor der Wohnung des Betroffenen große, laute Menschenmengen zusammen, um die Gerichtsvollzieher zu stoppen.

Wo eine Villa ist, ist auch ein Weg

In Ostdeutschland ist die Bereitschaft zum Widerstand vorhanden: 2000 MieterInnen auf einer MieterInnenversammlung im Prenzlauer Berg, Montagsdemo in Potsdam, Hunderte vereint im Pfeifkonzert gegen die Berliner SPD-Spitzenkandidatin Stahmer auf einer MieterInnenkundgebung, über 70.000 Unterschriften gegen das Vergleichsmietensystem in Brandenburg, 5.000 im Protest vor dem Bundesbauministerium gegen die Einführung des Vergleichsmietensystems, mehrere hundert MieterInnen auf einer

Demo in Neukölln dagegen, daß seit 1993 Mietshäuser von Scientology-nahen Firmen aufgekauft und in Eigentumswohnungen umgewandelt werden; an einem Haus hing ein zehn Meter langes Transparent: "Geht mit Gott; aber geht"; auch in Halle - von der DGB-Jugend - eine Demo "Leben wär'ne prima Alternative" dagegen, daß laut Sozialamt 1995 200 bis 600 Zwangsräumungen wegen Mietrückständen anstehen...

Die Kraft, die diese Bewegung mobilisieren und organisieren könnte, ist die PDS. Keine Ausreden. Die Kraft, die in Britannien den Boykott gegen die Kopfsteuer auf die Beine stellte, war die Schwersterorganisation der SAV, Militant Labour, die über weitaus weniger Mitglieder und Ressourcen verfügt als die PDS. Die PDS bringt in den Parlamenten bergeweise Anfragen und Anträge ein. Aber es besteht die Gefahr, daß die PDS diese Anträge nur noch links locht - und rechts abheftet. Papier ist geduldig - die MieterInnen in Ostdeutschland sind es nicht. So wie der Anti-Poll-Tax-Boykott zum Sturz von Maggie Thatcher führte, könnte ein erfolgreicher Mieterhöhungsboykott der Auftakt zum Sturz von Helmut Kohl sein.

- Einberufung von Hausversammlungen.
- Gemeinsam Widerspruch einlegen gegen die Mieterhöhung
- Gründung und Vernetzung von Mieterinitiativen in allen Stadtteilen und Städten von Ostdeutschland.

Organisierung einer berlinweiten und ostdeutschlandweiten MieterInnenkonferenz

- Mobilisierung der Nachbarschaft gegen drohende Räumungen
- Organisierter Zahlungsboykott gegen Mieterhöhung
- Druck auf PDS, Gewerkschaften und Mieterverbände, um einen massenhaften Widerstand zu erreichen.

Der Kampf gegen Mietwucher muß der Ausgangspunkt sein für einen Kampf von PDS und Gewerkschaften gegen alle Folgen der kapitalistischen Restauration in Ostdeutschland

- Schluß mit der heimlichen Großen Koalition in Bonn. Schluß mit

der offenen Großen Koalition in Berlin.

Gewerkschaften, SPD und PDS dürfen keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals eingehen. Für einen gemeinsamen Kampf von ost- und westdeutschen, ausländischen und bundesdeutschen KollegInnen gegen Kohl und Kapital

- Kein Abgeordneter und kein Funktionär darf mehr verdienen als einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn.

Wählbarkeit und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre.

Für den Aufbau einer kämpferischen und sozialistischen Führung in der ArbeiterInnenbewegung

Wohnen ist nicht Golfspielen. Wohnen ist nicht Austernlutschen. Wohnen ist kein Luxus. Wohnen ist Menschenrecht.

Warum die SAV für eine sozialistische Gesellschaft kämpft

Wer schließt Baufirmen, entläßt BauarbeiterInnen? Wer erhöht die Mieten? Wer kürzt das Wohngeld? Wer läßt Wohnraum leerstehen? Wer entscheidet, ob Häuser gebaut werden?

Das sind die Entscheidungen von Mächtigen. Mächtig ist, wer das Geld, das Kapital hat, wer die Banken, die Konzerne, die Fabriken besitzt.

Wie der Kapitalismus (nicht) funktioniert

Im Kapitalismus geht es nur um Profit. Produziert wird nicht, was

gebraucht wird, sondern was Profit bringt. Für den einzelnen Bauunternehmer bedeutet Umweltschutz Mehrkosten, weniger Profit. Also werden sich über Asbestverseuchung bei den Bauarbeiten keine Gedanken gemacht.

Wenn die Arbeit eines Bauarbeiters keinen Profit mehr abwirft, dann wird er entlassen. Egal, ob Wohnungen fehlen. Nicht die Bedürfnisse der Gesellschaft, nicht die Bedürfnisse aller Menschen zählen, sondern das private Profitinteresse einer kleinen Minderheit. Und was

könnte man alles bauen, sanieren, verbessern, wenn sechs Millionen Menschen, die heute ohne festen Arbeitsplatz sind, sinnvoll arbeiten könnten?

Kapitalismus bedeutet nicht nur Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, sondern auch Verschwendung. Durch die Wohnungsnot und unbezahlbare Mieten müssen immer mehr ArbeiterInnen und Angestellte von der Stadt aufs Land ziehen. Die Folge: Mehr als 30 Prozent brauchen über zwei Stunden für den Weg zur Arbeit. Waren es vor 20 Jahren 25 Prozent, die einen Anfahrtsweg von 45 bis 65 Minuten hatten, sind es heute 75 Prozent. Die Folge: Höherer Krankenstand und zunehmende Frühinvalidität (laut einer Arbeitsgruppe der Bundesärztekammer).

Unternehmer unternehmen nichts

Angeblich ist diese Verschwendung in Kauf zu nehmen, weil auf dem Markt das "freie Spiel der Kräfte" herrscht. Angeblich bestimmen Angebot und Nachfrage den Preis. Aber wo gibt es den freien Markt? Die Konzerne nutzen ihre Monopolstellung um die Marktgesetze zunehmend außer Kraft zu setzen. Warum zahlte Daimler für den Kauf des Potsdamer Platzes nicht den Marktpreis, sondern nur 1.500 Mark pro Quadratmeter?

In der Ex-DDR ging es angeblich um Pionierarbeit in Sachen Marktwirtschaft. Doch die Unternehmer unternehmen nichts. Wenn investiert

wurde, dann um eine schnelle Mark zu machen, nicht, um ein modernes Produktionspotential aufzubauen.

"Alle reden von Krieg - wir schicken sie hin"

Die Kapitalisten entscheiden, was und wie produziert wird. Und die Innen- und Außenpolitik richtet sich nach ihren Bedürfnissen. "Bundeswehreinmärsche in aller Welt", oder zuerst auf dem Balkan, weil die deutschen Kapitalisten beim Wettstreit um Rohstoffe und Absatzmärkte in Zukunft nicht mit leeren Händen dastehen wollen. Nach dem Ende des kalten Krieges werden Jahr für Jahr 1000 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben. Offensichtlich nicht wegen der Bedrohung durch den "Kommunismus".

Dieses Gesellschaftssystem ist nicht demokratisch. Eine kleine Minderheit von Millionären, Milliardären und Managern, von niemandem gewählt, entscheidet über die Wirtschaft. Das Ergebnis ist ein chaotisches, krisenhaftes System. Und die Widersprüche wachsen mit jeder neuen Wirtschaftskrise. "Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode": Die Krisen sind keine Krisen aus Mangel, sondern aus Überfluß. Maschinen stehen still, Fabriken stehen leer, unsere Chancen auf einen Job stehen schlecht - weil "zuviel" produziert wird oder weil "zuviel" produziert werden könnte.

Wenn die Unternehmer sagen, der Konkurrenzkampf zwingt sie dazu, Arbeitsplätze zu vernichten, dann spricht das nicht für Arbeitsplatz-

vernichtung sondern gegen das Konkurrenzsystem. Wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln dazu führt, daß Menschen obdachlos werden, dann muß das Privateigentum in Gemeineigentum überführt werden.

Sozialis - muß !

Unser Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft. In einer sozialistischen Gesellschaft bestimmen die arbeitenden Menschen demokratisch, was und wie produziert wird. Dabei wird nicht mehr gefragt: "Was bringt Profit" sondern: "Was brauchen wir?" "Was ist sinnvoll?" Wenn Wohnungen fehlen, werden Wohnungen gebaut. Im Sozialismus gibt es keine Lobby der Banken und Baulöwen, der Chemie, Automobil- oder Rüstungsindustrie. Sozialismus - das ist die planmäßige Pro-

duktion nach den Bedürfnissen der Menschen.

Eine demokratisch geplante Wirtschaft kann nur funktionieren, wenn Entscheidungen demokratisch getroffen und kontrolliert werden. Alle Funktionäre müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein und dürfen nicht mehr verdienen als einen FacharbeiterInnenlohn und keine Privilegien haben.

Ist der Sozialismus im Ostblock gescheitert?

"Sozialismus in einem Land" war und ist unmöglich. Nach der erfolgreichen sozialistischen Revolution in Rußland 1917 scheiterten die Revolutionen in Deutschland und Europa Anfang der zwanziger Jahre am Verrat der sozialdemokratischen Führungen. Die wirtschaftlich schwache und rückständige

Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage:

Die Ausdehnung der modernen großen Städte gibt in gewissen, besonders indem zentral gelegenen Strichen derselben dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert; die darauf errichteten Gebäude, statt diesen Wert zu erhöhen, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andere. Dies geschieht vor allem mit zentral gelegenen Arbeiterwohnungen, deren Miete, selbst bei der größten Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam über ein gewisses Maximum hinaus gehen kann. Man reißt sie nieder und baut Läden, Warenlager, öffentliche Gebäude an ihre Stelle...

Das Resultat ist, daß die Arbeiter vom Mittelpunkt der Städte immer mehr an den Umkreis gedrängt werden, daß Arbeiter- und überhaupt kleinere Wohnungen selten und teuer werden und oft gar nicht zu haben sind; denn unter diesen Verhältnissen wird die Bauindustrie, der teurere Wohnungen ein viel besseres Spekulationsfeld bieten, immer nur ausnahmsweise Arbeiterwohnungen bauen.

Die Sozialistische Alternative VORAN - Eine neue Organisation links von SPD und PDS

Die SAV meint, daß die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft überfällig ist. Würden die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte auf der ganzen Welt vernünftig genutzt, müßte kein Mensch hungern, arbeits- oder obdachlos sein und die Umweltzerstörung könnte beendet werden. Das ist nur möglich, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Dazu muß die Minderheit der Kapitalisten enteignet werden, damit eine demokratische Planung der Wirtschaft im Interesse von Mensch und Umwelt erfolgen. Eine sozialistische Revolution muß her.

In Osteuropa gab es zwar Planwirtschaft und Staatseigentum, aber keinerlei demokratische Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung. Die Mitglieder der Sozialistischen Alternative VORAN haben seit Gründung unserer Zeitung 1973 die Diktatur einer privilegierten, abgehobenen Bürokratschicht po-

litisch bekämpft und diese Staaten nie als sozialistisch betrachtet.

Wir haben das Gemeineigentum an Produktionsmitteln und die Planwirtschaft immer verteidigt und sind auf dieser Grundlage für den Aufbau einer echten ArbeiterInnen-demokratie eingetreten.

Die Sozialistische Alternative VORAN ist eine neue, unabhängige marxistische Organisation. In der ArbeiterInnenklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der ArbeiterInnenbewegung kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals, für echte Verbesserungen und für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Sozialismus kann nur von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung erkämpft werden. Dazu braucht sie starke ArbeiterInnenorganisationen mit sozialistischem Programm, die konsequent für die Interessen der ArbeiterInnen kämpfen. Die heutigen Führer der SPD, PDS und Gewerkschaften haben jedoch mit diesem System Frieden geschlossen

SAV Bremerhaven verhindert Privatisierung städtischer Wohnungen

Anfang 1995 wollten SPD und CDU in Bremerhaven Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft (Stawog) verkaufen. Das konnte verhindert werden.

Die SAV beteiligte sich maßgeblich am Aufbau einer Mieterinitiative. Am 26. Januar '95 mobilisierte die SAV 700 BürgerInnen zu einer Kundgebung vor der Stadtverordnetenversammlung. In wenigen Wochen konnten über 5.000 Unterschriften für einen Einwohnerantrag gesammelt werden. Die SAV Bremerhaven kandidiert am 24. September 1995 auch zu den Kommunalwahlen.

und sind meilenweit vom Leben der arbeitenden Bevölkerung entfernt. Die Sozialistische Alternative VORAN ist Mitglied vom Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI/KAI), das in fast allen europäischen Ländern sowie in vielen Ländern

auf den restlichen Kontinenten vertreten ist. KAI ist eine kämpfende internationale Organisation, und hat zum Beispiel die Initiative zur Gründung von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) ergriffen.

Die SAV - Wofür wir kämpfen

Arbeit und Ausbildung

- Arbeit für alle
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Mindestlohn von 2000 DM netto
- Gleicher Lohn in Ost und West
- Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- Für SchülerInnen, StudentInnen und Azubis ab 18 Jahre mindestens 1500 DM netto

Wohnen

- Sofortiger Mietenstop
- Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- Enteignung großer privater Wohnungsbestände
- Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Millionen Wohnungen im Jahr

Soziales

- Nein zu "Solidarbeitrag" und Ergänzungsabgabe
- Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
- Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem

- Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen

Bundeswehr

- Radikale Abrüstung und Stop von Rüstungsexporten
- Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
- Kein Einsatz der Bundeswehr gegen ArbeiterInnen und DemonstrantInnen, kein Einsatz im Ausland
- Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Soldaten
- 1500 DM Mindestsold bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivildienstleistende

Umwelt und Verkehr

- Sofortige Stilllegung aller AKW und Stop von umweltzerstörender Produktion bei voller Lohnfortzahlung der Beschäftigten
- Müllvermeidung und Recycling, sofortiger Baustop für Müllverbrennungsanlagen
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif
- Verstaatlichung der Autoindustrie und Umstellung auf alternative Produktion

Frauen

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Streichung des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch
- Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr, einen garantierten Kindergartenplatz für jedes Kind
- Flächendeckendes Angebot an selbstverwalteten Frauenhäusern

Gegen Rassismus und Faschismus

- Keine Abschiebungen
- Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- Abschaffung aller Ausländergesetze
- Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antifaschistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS

Gewerkschaften, SPD und PDS

- Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals
- Organisierung eines vereinten

Kampfes von deutschen und ausländischen, west- und ostdeutschen KollegInnen auf der Grundlage eines sozialistischen Programms

- Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Für eine sozialistische Demokratie

- Keine Privatisierung, Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer ArbeiterInnenkontrolle und -verwaltung
- Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
- Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn.

Mach' mit bei der Sozialistischen Alternative VORAN

Ich will ...

- ☆ weitere Informationen über Eure Arbeit
- ☆ eine Probenummer der Zeitung VORAN
- ☆ Mitglied der Sozialistischen Alternative VORAN werden

Die Ortsgruppen der SAV treffen sich regelmäßig. Wenn Du Mitglied werden willst, geben wir Deine Adresse an die am nächsten gelegene SAV-Gruppe weiter.

Anschrift: Redaktion VORAN
Hansaring 4, 50670 Köln

Info-Telefon: 02 21 / 13 45 04
Fax: 02 21 / 13 72 80

3,-
